

Resolution des Kreistages für den Erhalt des Standortes Uerzell der ALSA GmbH

Im Steinauer Stadtteil Uerzell müssen rund 280 Menschen derzeit um ihre berufliche und wirtschaftliche Zukunft fürchten. Hintergrund ist die völlig überraschende und kaum nachvollziehbare Entscheidung der Eigentümer/Geschäftsführung der dortigen ALSA GmbH, diesen Standort kurzfristig komplett zu schließen. Stattdessen soll die Fertigung künftig in der Niederlassung in Görlitz (Sachsen) erfolgen.

Dabei zeigten sich die verantwortlichen Akteure darüber hinaus noch besonders skrupellos, denn die Arbeitnehmer/innen mussten diese dramatische Entscheidung am Samstag, 17. August, in der Zeitung lesen. Erst am folgenden Montag gab es dann die detaillierten Informationen im Rahmen einer Betriebsversammlung. Hier wurde unter anderem „das Angebot“ unterbreitet, an den 500 Kilometer entfernten Standort in Görlitz zu wechseln. Doch die Beschäftigten wollen – mit Unterstützung von Betriebsrat, Gewerkschaft sowie verschiedener gesellschaftlicher Gruppen – diese Entwicklung nicht kampflos akzeptieren. Zahlreiche Aktionen sind geplant und in Vorbereitung.

Auch die politischen Parteien im Main-Kinzig-Kreis können angesichts der enormen Tragweite und der sozialen Konsequenzen für zahlreiche Familien in der Region diese Entwicklung nicht hinnehmen. Die Eigentümer/Geschäftsführer haben mit ihrem Verhalten jede unternehmerische Fürsorgepflicht vermissen lassen. Die Belange der Beschäftigten, die durchschnittlich 20 Jahre für die ALSA GmbH tätig sind, wurden von der Unternehmensleitung komplett ignoriert. Allein die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Gesellschafter bildeten die Grundlage für die drohende Vernichtung von 280 Arbeitsplätzen am Standort in Steinau.

Dieses Verhalten entspricht nicht der im Main-Kinzig-Kreis üblichen fairen Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Doch gerade dieses respektvolle Miteinander ist eine wesentliche Voraussetzung für Stabilität und Gerechtigkeit in der Wirtschaft.

Es kann nicht im Interesse der Familie Birkenstock sein, dass hier 280 Beschäftigte und ihre Familien ohne nachvollziehbare Gründe vor einer ungewissen Zukunft stehen.

Aus diesem Grund wird appelliert an die verantwortlichen Eigentümer, Kai Christian Birkenstock und Markus Bensberg (AB Beteiligungs GmbH), unverzüglich einen respektvollen Umgang mit den langjährigen Beschäftigten zu veranlassen.

Denn die angekündigte Schließung der ALSA GmbH sorgt nicht nur bei den Betroffenen für erhebliche Unruhe, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld ist über die Vorgänge und das unsensible Vorgehen äußerst irritiert. Allein über das Internet haben sich in kürzester Zeit über 1.600 Personen zu dem Vorgang positioniert. Vor allem das scheinbar skrupellose Vorgehen der Unternehmensführung und der beauftragten Kommunikationsagentur stoßen auf wachsende Kritik.

► Der erlebte Umgang mit den Beschäftigten der ALSA-GmbH seitens der Geschäftsführung erweckt großes Unverständnis und wird als Verstoß gegen die guten Sitten im Main-Kinzig-Kreis bemängelt. Ebenso sind die kompromisslose Haltung und die unzureichende Begründung für diese tiefgreifende Entscheidung zu kritisieren.

► Die Unterzeichner dieser Resolution fordern daher die Eigentümer/Geschäftsleitung der ALSA GmbH auf zu einem offenen Dialog mit dem Ziel, den Beschäftigten eine berufliche und wirtschaftliche Perspektive unter realistischen Rahmenbedingungen zu eröffnen.

► Dabei sind die sozialen Aspekte der Beschäftigten und ihrer Familien in angemessener Weise für mögliche Entscheidungen zu berücksichtigen.

► Die erste Voraussetzung ist ein ehrlicher und transparenter Umgang mit den Ansprechpartnern aus Betriebsrat, Gewerkschaft und Kommunalpolitik zu den tatsächlichen Hintergründen der drohenden Schließung.

► Im Rahmen der Gespräche sind die Vorschläge zu alternativen Strategien und Lösungswegen zu erörtern und ernsthaft zu prüfen.

► Die Unterzeichner der Resolution setzen sich dafür ein, dass eine breite Öffentlichkeit an diesem Prozess teilhaben und bei Bedarf die Interessen der Beschäftigten nachdrücklich unterstützen wird.

► Nach den guten Erfahrungen (Eine Region steht auf) der vergangenen Jahre bei ähnlichen Problemlagen kann auch in diesem Fall davon ausgegangen werden, dass es Mittel und Wege gibt, um eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.